



N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Bezirksvertretung 1
am 09.11.2018

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anerkennung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.10.2018
- 3 Zulassung von Sachverständigen
- 4 Verwaltungsvorlagen und mündliche Berichte**
 - 4.1 Vorstellung des Vereines fiftyfifty e.V. - mündlicher Bericht -
 - 4.2 Mobilitätspartnerschaft Düsseldorf - mündlicher Bericht -
 - 4.3 66/ 111/2018 Altstadt, weiteres Vorgehen
 - 4.4 66/ 112/2018 Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage im Jahre 2019
 - 4.5 61/ 148/2018 Schwannstraße 3 Gateway
Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses; weiteres Vorgehen
 - 4.6 171/ 178/2018 Vitalitätsentwicklung der Rosskastanie an der Königsallee
 - 4.7 66/ 118/2018 Ausbau Radhauptnetz
Abschnitt Kölner Straße zwischen Worringer Platz und Gerresheimer Straße
 - 4.8 171/ 179/2018 1. Nachpflanzungen Stadtbaumkonzept
 - 4.9 171/ 182/2018 Bauvoranfrage Worringer Platz 4- Neubau einer Wohnbebauung mit Apartments sowie einer Tiefgarage
 - 4.10 171/ 183/2018 Bauantrag Schadowstraße 78,78a- Neubau eines Büro- und Geschäftshauses

4.11 171/ 202/2018 Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen im Stadtbezirk 1
Städtische Gebäude ohne Schulen sowie die Förderung Dritter, Haushalt 2018

4.12 61/ 159/2018 Bebauungsplan 01/005
Worringer Straße/ Gerresheimer Straße (Baufeld A)01/005:
- Verfahren gem. § 13a BauGB
- Stellungnahmen
- Satzung

5 171/ 201/2018 Mitteilung Verwaltung

6 Anfragen

6.1 171/ 181/2018 Nutzung der Freifläche unter der Brücke Jülicherstraße
-Anfrage der SPD-Fraktion-

6.2 171/ 186/2018 Standorte für Fahrradabstellplätze im Stadtbezirk 1
- Anfrage der CDU-Fraktion –

6.3 171/ 199/2018 Verwahrloses Eckhaus Bagelstraße
141/Schinkelstraße
-Anfrage der SPD-Fraktion-

6.4 171/ 196/2018 Anfrage zur Bepflanzung der Blumenkästen am Rathaus
-Anfrage der Fraktion Bündis90/Die Grünen-

6.5 171/ 198/2018 Körpertrainer
-Anfrage Ute Dröge, SPD-Fraktion, Mitglied der Bezirksvertretung 1-

6.6 171/ 197/2018 Anliefern und Parken an der Unteren Rheinwerft/Kasematten
-Anfrage der CDU-Fraktion-

7 Anträge

7.1 171/ 192/2018 Nutzung der Tiefgarage der früheren Fachhochschule in Golzheim als temporäre Quartiersgarage
- Antrag Herr Peter Klein, Vertreter DIE LINKE, Mitglied der Bezirksvertretung 1-

7.2 171/ 185/2018 Fahrradständer an Baumscheiben
-Antrag der SPD-Fraktion-

- 7.3 171/ 184/2018 Überprüfung der Dauer der Grünphase der Lichtzeichenanlage am Fußgängerüberweg Jacobistraße/Hofgarten
-überfraktioneller Antrag-
- 7.4 171/ 187/2018 Fahrradständer an der Haltestelle Nordfriedhof/Bussteig 1
-Antrag der SPD-Fraktion-
- 7.5 171/ 188/2018 Glascontainer Jülicher Straße an der Kirche versetzen
- Antrag der SPD-Fraktion-
- 7.6 171/ 189/2018 Graffiti Lüftungstürme, Rathausufer
-Antrag der CDU-Fraktion-
- 7.7 171/ 190/2018 Prüfantrag: Historisches Altstadt-Kopfsteinpflaster von St. Lambertus bis zum Uerige
-Antrag der SPD-Fraktion-
- 7.8 171/ 191/2018 Anberaumung eines Tagungstermins für den Kriminalpräventiven Rat Charlottenstraße
-Antrag der CDU-Fraktion-
- 7.9 171/ 193/2018 Unterirdische Werkstoffcontainer
-Antrag der CDU-Fraktion-
- 7.10 171/ 194/2018 Spätere Nutzung des Luisengymnasiums
-Antrag der FDP-Fraktion-
- 7.11 171/ 195/2018 Sonnenschutz für den Kleinkinderspielplatz Kolpingplatz
-überfraktioneller Antrag-
- 7.12 171/ 200/2018 Aufstellung eines Verkehrszeichens, Durchfahrt für LKW verboten/Anlieger frei
-Antrag der SPD-Fraktion-

II. Nichtöffentlicher Teil

- NÖ 1 Anerkennung der Tagesordnung
- NÖ 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.10.2018
- NÖ 3 Verwaltungsvorlagen**
- NÖ 3.1 61/ 145/2018 Blaugrüner Ring
Auslobung
Wettbewerb nach RPW 2013
- NÖ 4 Zuschussanträge**

NÖ 4.1 171/ 203/2018 Zuschussantrag: Seniorensitzung KG. Till's Freunde Düsseldorf-Derendorf 1962 e.V.

NÖ 5 Anfragen

NÖ 6 Anträge

NÖ 7 Verschiedenes

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr	Arensmann	CDU	
Frau	Dröge	SPD	
Frau	Ernesti	CDU	
Frau	Groth	SPD	bis 18:32 Uhr
Frau	Heyden	BÜ 90/ GRÜNE	
Herr	Kamenschek	BÜ 90/ GRÜNE	
Herr	Klein	DIE LINKE	
Frau	Klinke	BÜ 90/ GRÜNE	
Herr	Lorberg	SPD	
Frau	Masberg-Eikelau	FDP	
Herr	Prof. h.c. (BG) Nielen	CDU	bis 17:25 Uhr
Frau	Obendorf	SPD	
Herr	Rehne	FDP	
Herr	Schendel	CDU	
Ratsfrau	Schmidt	CDU	
Ratsherr	Simon	CDU	
Frau	Spillner	SPD	
Herr	Zimmermann	SPD	

vom Rat

Ratsherr	Cardeneo	BÜ 90/ GRÜNE	bis 16:50 Uhr
----------	----------	--------------	---------------

von der Verwaltung

Frau	Laqua	Bezirksverwaltungsstelle	1
------	-------	--------------------------	---

Schriftführer/in

Frau	Kasperski	Bezirksverwaltungsstelle	1
------	-----------	--------------------------	---

Sonstige

Frau	Utke	Seniorenrat	
Herr	Zielonka	Beirat z. Förderung d. Belange v. Menschen mit Behinderungen	bis 17:25

Entschuldigt

Herr

Soth

CDU

I. Öffentlicher Teil

- II. Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert **Bezirksbürgermeisterin Spillner Frau Masberg-Eikelau** nachträglich zum Geburtstag.
- III. Sie führt an, dass **Herr Soth** entschuldigt fehlt.

1 Anerkennung der Tagesordnung

Bezirksbürgermeisterin Spillner schlägt vor, die TO um den **TOP 4.12** „*Bebauungsplan 01/005 Worringer Straße/Gerresheimer Straße*“ zu ergänzen. Diese liegt als Tischvorlage vor.

Zum **TOP 5** „Mitteilung der Verwaltung“ erfolgt ein Nachtrag, der ebenso als Tischvorlage vorliegt.

Zudem schlägt sie vor, den **TOP 4.12 nach dem TOP 4.5** zu behandeln.

Frau Laqua regt an, TOP 7.10 von der Tagesordnung zu nehmen, da eine Entscheidung über Schulstandorte der Bezirksvertretung, nach §3 Bezirkssatzung, nur bei Grundschulen obliegt.

Frau Masberg-Eikelau widerspricht dem. Trotz fehlender Entscheidungskompetenz sei die Bezirksvertretung befugt, zu stadtbezirksspezifischen Themen Stellung zu beziehen und Empfehlungen auszusprechen.

Frau Klinke möchte den TOP ebenfalls behandeln.

Ratsfrau Schmidt regt an, den TOP auf der Tagesordnung zu lassen.

Die Tagesordnung wird mit den genannten Änderungen einstimmig anerkannt.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Frau Klinke beantragt, die Genehmigung zu vertagen.

Herr Schendel korrigiert seine dokumentierte Äußerung zu TOP 5.2 wie folgt: Es sei eben durch die Asphaltierung des Weges nicht einfacher, diesen zu säubern.

Das Gremium beschließt einstimmig, die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.10.2018 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.10.2018 wird auf die nächste Sitzung am 07.12.2018 vertagt.

3 Zulassung von Sachverständigen

Bezirksbürgermeisterin Spillner schlägt vor, Herrn Johannes Dörrenbacher vom Verein fiftyfifty e.V. zum TOP 4.1 als Sachverständigen zuzulassen.

Beschluss (einstimmig):

Herr Dörrenbacher wird als Sachverständiger zu TOP 4.1 zugelassen.

4 Verwaltungsvorlagen und mündliche Berichte

4.1 Vorstellung des Vereines fiftyfifty e.V. - mündlicher Bericht -

Herr Dörrenbacher vom Verein fiftyfifty e.V. stellt den Verein anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Er hebt vor, dass Sozialberatung und Streetworking neben dem Verkauf des Straßenmagazins zu den Aufgaben des Vereins gehören. Darüber hinaus bestehen verschiedene Projekte wie das „Underdog“, das u.a. eine tiermedizinische Sprechstunde beinhaltet oder „Eastwest“, das sich insbesondere für die Unterstützung wohnungsloser EU-Bürger einsetzt.

Neben den beiden genannten Projekten wird eine neue Form der Wohnungslosenhilfe namens „Housing First“ angeboten. Das Ziel dieses Projekts ist es, zunächst eine Notschlafstelle und im Nachgang eine dauerhafte Wohnung zu vermitteln.

Herr Dörrenbacher wünscht die Öffnung von U-Bahnhöfen für die Wintermonate.

Herr Kamenschek kritisiert wie Herr Dörrenbacher den § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung. Die Straßenordnung ermögliche es dem Ordnungs- und Servicedienst (OSD), gegen das Nächtigen im öffentlichen Raum einzuschreiten. Er findet eine Gesprächsvermittlung zwischen den Beteiligten wichtig.

Auf **Frau Heydens** Frage, was getan werden müsse, um zu helfen, bemängelt **Herr Dörrenbacher**, dass es nur eine Notschlafstelle für wohnungslose EU-Bürger in Düsseldorf gebe. Die Notschlafstelle biete 20 Schlafplätze an, dabei gebe es viel mehr wohnungslose EU-Bürger. **Herr Dörrenbacher** teilt mit, dass man nach Gesprächen mit dem Dezernenten Herrn Zaum so verblieben sei, dass der Verein bei „Plattenräumungen“ im

Vorfeld informiert werde.

Den Vorschlag von **Herrn Klein**, Konflikte mit Behörden durch Ombudsfrauen oder –herren zu lösen, begrüßt **Herr Dörrenbächer**.

Ratsfrau Schmidt erkundigt sich nach der prozentualen Verteilung von weiblichen bzw. männlichen Verkäufern. Weiterhin stellt sie die Frage nach der Handhabung bzw. Kontrolle von falschen Magazinverkäufern.

Herr Dörrenbächer teilt mit, dass es mehr männliche Verkäufer gebe. Das Verhältnis von männlichen zu weiblichen Magazinverkäufern schätzt er auf 80% zu 20 % ein.

Herr Dörrenbächer rät, Magazine nur bei Verkäufern mit Verkaufsausweis zu kaufen und sich bei Problemen mit den Verkäufern an den Verein zu wenden. Es wird dann nach einer Konfliktlösung gesucht. Bei falschem Verhalten oder verbotenen Weiterverkauf des Magazins an nicht autorisierte Verkäufer sei ein Entzug des Verkaufsausweises die Folge.

Frau Dröge schätzt die Arbeit, die durch den Verein geleistet wird und fragt nach der Anzahl an geöffneten Kirchen, die eine Winternothilfe anbieten könnten.

Herr Dörrenbächer erwidert, dass momentan eine von der Caritas betreute Übernachtungsstelle in der Prinz-Georg-Straße für Wohnungslose besteht, in der Platz für 20 Männer und 6 Frauen vorhanden ist.

Bezirksbürgermeisterin Spillner bestätigt, dass die Prinz-Georg-Straße die einzige Übernachtungsstelle ist, an der auch Hunde erlaubt seien und auch Paare gemeinsam aufgenommen werden würden.

Frau Obendorf fragt nach, ob Verkäufer ohne Ausweis gemeldet werden müssen. Außerdem möchte sie wissen, welche Bereiche als Platte anzusehen sind und aus welchen Gründen diese geräumt würden.

Herr Dörrenbächer führt aus, dass die sogenannten Platten meist regengeschützte Plätze sind, wie zum Beispiel der Ehrenhof, an der Johanneskirche, Andreaskirche oder am Kaufhof. Die Räumung basiert auf der gesetzlichen Grundlage, die aus § 6 der Düsseldorfer Straßenordnung resultiert.

Eine Meldung derjenigen, die ohne Ausweis Magazine verkaufen, gestaltet sich als schwierig.

Ratsherr Simon möchte wissen, ob versicherungsrechtliche Gründe eine Räumung der Platten durch den Ordnungs- und Servicedienst erfordern. Weiterhin fragt er an, ob die Zahl der Wohnungslosen, die nicht in eine Schlafstelle gehen möchten, bekannt sei.

Herr Dörrenbächer teilt mit, dass die Gründe für eine Räumung unterschiedlich seien und der gesetzlichen Grundlage aus der Straßenordnung basieren.

Die Gründe für den Unwillen, in eine Notschlafstelle zu gehen, seien viel-

fällig, meist sei die Angst vor Gewalt und Auseinandersetzungen ein Grund. Daneben schrecken die Regeln, die in den Schlafstellen befolgt werden müssten, einige der Wohnungslosen ab.

An einem Stichtag im Juni dieses Jahres seien ca. 200 Personen gezählt worden, die nicht in eine Schlafstelle gehen möchten. Die Dunkelziffer sei jedoch groß.

Auf Nachfrage von **Frau Utke** teilt **Herr Dörrenbächer** mit, dass es mit verschiedenen Trägern Kooperationen in verschiedenen Gremien gebe, darunter fällt auch der Kontakt zu „Vision teilen“.

Er bemängelt, dass es zu wenige Plätze in den Notschlafstellen gebe, um eine konkrete Winternothilfe sicherzustellen.

Herr Kamenschek erwähnt, dass zu wenig Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Fürsprechern stattfindet. Weiterhin erfolgen seiner Ansicht nach Plattenräumungen oftmals vor Messetagen. Er würde sich über einen Jahresbericht des Vereines im Laufe des nächsten Jahres freuen.

Auf die Frage von **Frau Groth**, wie wohnungslose EU-Bürger von anderen Wohnungslosen zu unterscheiden seien, erwidert **Herr Dörrenbächer**, dass dies nur durch Gespräche feststellbar sei.

Herr Schendel teilt mit, dass ihm, als Mitarbeiter des Jobcenters Düsseldorf, die Problematik bezüglich der Postadressen für EU-Bürger bekannt ist und begrüßt das Angebot des Vereines.

Daneben erklärt **Herr Schendel**, dass EU-Bürger einen Arbeitnehmer-Status nachweisen müssen, um Sozialleistungen zu erhalten. Um eine Arbeit aufnehmen zu können, fehle aber die benötigte Postadresse.

Herr Klein fragt nach Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe an Obdachlosen.

Herr Dörrenbächer erklärt, dass die Wohnungslosen oft untereinander Schutz finden und andere sich einen Hund anschaffen, um sich dadurch geschützt zu fühlen.

Ratsfrau Schmidt verlässt den Sitzungssaal um 14:55 Uhr.

Bezirksbürgermeisterin Spillner erklärt, dass eine größere Unterstützung geleistet werden müsse und die heute erwähnten Anregungen mitgenommen werden würden.

4.2 **Mobilitätspartnerschaft Düsseldorf - mündlicher Bericht -**

Frau Roth vom Umweltamt stellt die Mobilitätspartnerschaft anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Auf Nachfrage von **Bezirksbürgermeisterin Spillner** teilt **Frau Roth** mit, dass ein Schreinermeister und einige Paketzulieferer Lastenräder nutzen,

sonst aber wenige Unternehmen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Herr Rehne erkundigt sich bezüglich des Themas „Chefsache“, ob sich Unternehmen zusammenschließen wollen, um - wie bereits in den USA praktiziert - Pendelverkehre einzurichten.

Frau Roth erklärt, dass ein Arbeitskreis Großunternehmen eingerichtet wird, der sich besonders an Unternehmen mit gleichen Arbeitszeiten richtet.

Herr Nielen teilt mit, dass die Bundesregierung am heutigen Tag beschlossen habe, dass die Benutzung eines Dienstfahrrades nicht mehr als geldwerter Vorteil versteuert werden müsse.

Frau Heyden merkt an, dass die Beschäftigten der maßgebliche Schlüssel zu einer Verbesserung seien und dort Potential zu finden sei.

Frau Roth bejaht, dass Potential da ist, viele pendelnde Arbeitnehmer jedoch auch unabhängig sein wollen.

Frau Heyden ergänzt, dass Pendelverkehre nicht nur an abgelegenen Stellen vorhanden sein sollten, sondern dass auch – wie bei den neuen Metrobus-Linien - ein zügigeres Vorankommen durch die Rheinbahn gewährleistet sein müsse, um Pendler auf den Öffentlichen Personennahverkehr umzuleiten.

Ratsherr Simon begrüßt die Mobilitätspartnerschaft und ergänzt, dass der Weg richtig sei, jedoch nicht zu viel in zu kurzer Zeit erwartet werden dürfe.

Frau Roth betont, dass es sich immer noch um eine freiwillige Selbstverpflichtung der Firmen handele.

4.3 **Altstadt, weiteres Vorgehen** **66/ 111/2018**

Ratsherr Simon begrüßt die Vorlage. Die Musterfläche, die intensive Tests mit unterschiedlichen Belägen ermöglicht, kann dazu beitragen, den strapazierfähigsten Bodenbelag zu wählen und somit Schäden, wie sie beim Altstadtpflaster aufgetreten sind, durch diesen Test im Vorfeld zu umgehen. Den Betrag von 370.000,- Euro sieht **Ratsherr Simon** als gut investiert an.

Bezirksbürgermeisterin Spillner begrüßt ebenfalls die Vorlage und merkt an, dass ein sogenannter „Stresstest“ für die Auswahl des Pflasters sinnvoll ist und in Zukunft die Reparaturkosten reduzieren kann.

Ratsfrau Schmidt betritt den Sitzungssaal um 15:15 Uhr.

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

4.4 Freigabe verkaufsoffener Sonntagnachmittage im Jahre 2019 66/ 112/2018

Frau Dröge spricht sich gegen die Vorlage aus.

Frau Klinke teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage in Gänze ablehnt.

Herr Rehne äußert, dass die ablehnende Haltung unverständlich sei. Die Sonntagsöffnung, die zu den Messen „Boot“ und „ProWein“ stattfinden soll, habe einen Werbeeffect für die gesamte Stadt und helfe dem Einzelhandel, den Herausforderungen, die durch den Internethandel bestehen, entgegenzutreten.

Herr Klein lehnt die Vorlage aufgrund des Arbeitnehmerschutzes ab. Verkaufsoffene Sonntage seien kein Allheilmittel für leerstehende Ladenlokale.

Ratsfrau Schmidt merkt an, dass im Ordnungs- und Verkehrsausschuss über die Vorlage positiv abgestimmt wurde.

Bezirksbürgermeisterin Spillner teilt mit, dass über die Vorlage noch im Hauptausschuss und im Rat entschieden wird.

Beschluss(*mehrheitlich abgelehnt*):

Ja (6 CDU, 2 FDP)

Nein (6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)

Enthaltungen (keine)

Die Bezirksvertretung 1 empfiehlt dem Rat der Stadt, die Freigabe von zwei verkaufsoffenen Sonntagnachmittagen in den gesamten Stadtteilen Stadtmitte, Altstadt und Carlstadt

1. am Sonntag, dem 20.01.2019, und
2. am Sonntag, dem 17.03.2019,

mit einer Öffnungszeit von 13.00 bis 18.00 Uhr, *abzulehnen*.¹

4.5 Schwannstraße 3 Gateway Vorstellung des Wettbewerbsergebnisses

¹ Nachträglich ergänzt, neue Formulierung siehe Niederschrift vom 25.01.2019.

weiteres Vorgehen **61/ 148/2018**

Frau Brandner vom Stadtplanungsamt stellt das Wettbewerbsergebnis zur Schwannstraße 3 anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Frau Heyden erkundigt sich, wie das Verfahren bisher gewesen ist und ob die Stadtverwaltung bei diesem Wettbewerb involviert war.

Frau Brandner erläutert, dass es sich um das Ergebnis eines qualitätssichernden Verfahrens handelt, das in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt ausgelobt wurde. Die Jury war zusammengesetzt aus Vertretern des Investors, der Stadtverwaltung und der politischen Fraktionen.

Frau Heyden hakt nach, wie hoch das geplante Gebäude des Wettbewerbsgewinners sei. Daneben fragt sie nach der Ausrichtung des Gebäudes und inwieweit durch die Vorlage eine Festlegung auf einen Entwurf erfolgt.

Dem entgegnet **Frau Brandner**, dass das Gebäude 92 Meter hoch ist, im Vergleich dazu ist das L'Oreal-Gebäude 65 Meter hoch.

Das Gebäude ist parallel zum Kennedydamm mit einer Ausrichtung von Nord nach Süd angeordnet. Im Übergang zu der im Durchschnitt 5-geschossigen Bebauung an der Roßstraße werden in der Höhe angeglichene Sockelgebäude hofförmig um das Hochhaus angeordnet.

Es handele sich hier um eine Informationsvorlage, die das Ergebnis des qualitätssichernden Verfahrens vermitteln soll. Der nächste Schritt im Verfahren wird die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens sein. Im Zuge dessen erfolge ein Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB mit anschließender Informationsveranstaltung zum Stand des Bebauungsplanverfahrens.

Frau Klinke erkundigt sich daraufhin, ob der Investor über die Auswahl des Gewinnerentwurfes entscheidet. Nach der ersten Betrachtung seien die Umweltideen der *allerersten Vorlage* sehr beeindruckend.²

Frau Brandner erwidert, dass es erklärtes Ziel ist, mit dem 1. Platz des Wettbewerbs zusammenzuarbeiten. Daher werde aktuell von Seiten des Investors die Wirtschaftlichkeit sowie Umsetzung des Entwurfes des ersten Preisträgers geprüft.

~~**Frau Klinke** teilt diese Zuversicht nicht, da die Glasfassade für den Vogelflug gefährlich sei.³~~

Herr Kamenschek erkundigt sich, ob die Verkehrssituation bei der Ausschreibung bedacht worden ist. Darauf entgegnet **Frau Brandner**, dass in

² Nachträglich ergänzt, neue Formulierung siehe Niederschrift vom 25.01.2019.

³ Nachträglich gestrichen, siehe Niederschrift vom 25.01.2019.

der Vorbereitung des qualitätsichernden Verfahrens eine grundsätzliche Machbarkeit bejaht wurde. Im Zuge des anschließenden Bebauungsplanverfahrens werden neben der Verkehrssituation auch gutachterliche Untersuchungen zu Lärm, Verschattung, Wind etc. erforderlich.

Beschluss (mehrheitlich *beschlossen*):

Ja (6 CDU, 6 SPD, 2 FDP, 1 DIE LINKE)

Nein (3 Bündnis 90/Die Grünen)

Enthaltungen (keine)

Die Bezirksvertretung 1 stimmt nach Anhörung der Vorlage zu.

4.6 Vitalitätsentwicklung der Rosskastanie an der Königsallee 171/ 178/2018

Frau Dröge erkundigt sich nach der Streusalzbelastung und ob es Erkenntnisse gebe, dass trotz des Verbotes weiterhin gestreut werde.

Frau Laqua sagt eine Weitergabe an die Verwaltung zu.

Frau Klinke merkt an, dass es bereits im Frühling Aktionen auf der Königsallee gegeben habe, die auf die Salzbelastung hingewiesen haben. Sie bittet die Verwaltung, *Informationsblätter an die Geschäftsleute mit dem Hinweis, dass Salzstreuen verboten sei und bei Verstößen mit Bußgeldern zu rechnen ist, zu verteilen.*⁴

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

4.7 Ausbau Radhauptnetz Abschnitt Kölner Straße zwischen Worringer Platz und Gerresheimer Straße

66/ 118/2018

Ausbau Radhauptnetz

**Abschnitt Kölner Straße zwischen Worringer Platz und Gerresheimer
Straße**

66/ 118/2018

Herr Schäfer vom Amt für Verkehrsmanagement erläutert die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Frau Utke erläutert, dass die für sie unangenehmste Stelle für Radfahrer

⁴ Nachträglich ergänzt, neue Formulierung siehe Niederschrift vom 25.01.2019.

nach der Gerresheimer Straße in Richtung St. Rochus Kirche besteht, da der Streifen für den Radverkehr dort nicht breit genug sei.

Herr Schäfer erwidert, dass dieser Abschnitt nicht Bestandteil des Radhauptnetzes sei, die Verwaltung aber prüfen wird, ob eine sichere Radverkehrsführung über den Knoten Am Wehrhahn hinaus in Richtung St. Rochus Kirche möglich ist.

Bezirksbürgermeisterin Spillner merkt an, dass die Radfahrersituation an vielen Stellen unbefriedigend ist. Die Radwegmarkierung sei ein Schritt, der begrüßenswert sei, auch wenn dieser allein nicht alle Probleme lösen könne.

Ratsfrau Schmidt begrüßt die Vorlage und erkundigt sich darüber, ob eine Planung zur Fortsetzung bis zur Pempelforter Straße zu erwarten ist. Daneben bittet sie, wie schon im Ordnungs- und Verkehrsausschuss angemerkt, um eine erneute Prüfung für die Einmündung an der Gerresheimer Straße, da dort lediglich eine gemeinsame Fahrspur für Radfahrer und Pkw vorhanden ist.

Herr Schäfer teilt mit, dass eine Fortsetzung noch zu prüfen ist und die Radfahrerinnen und Radfahrer auf der Gerresheimer Straße durch die vorgezogene Linie gut zu sehen seien. Das Vorziehen der Haltelinie für den Radverkehr gegenüber der Haltelinie des Kfz-Verkehrs ist ein Standardelement und hat sich an vielen vergleichbaren Stellen in Stadtgebiet bewährt.

Ratsfrau Schmidt möchte wissen, warum auf der Kölner Straße nicht nur ein Schutzstreifen geplant sei.

Herr Schäfer erwidert, dass auf der Kölner Straße genug Platz zur Verfügung stehe, dass beidseitig Radfahrstreifen angelegt werden, die so breit sind, dass sich Radfahrende darauf überholen können. Außerdem werden die Radfahrstreifen mit einem Sicherheitstrennstreifen zu den Kfz-Längsparkständen markiert. Diese sollen verhindern, dass Radfahrende von sich öffnenden Türen erfasst werden.

Ratsherr Cardeneo begrüßt die Vorlage und bittet in Zukunft um einen größeren Ausschnitt der Pläne in der Vorlage.

Frau Klinke teilt mit, dass die Schutzstreifen zu eng seien und mehr Platz zu begrüßen sei.

Herr Rehne merkt an, dass die Maßnahme schlecht einzuschätzen ist, da die Vorlage schlecht lesbar sei.

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Es erfolgt eine Sitzungspause bis 16:45 Uhr.

4.8 **1. Nachpflanzungen Stadtbaumkonzept 171/ 179/2018**

Ratsherr Simon äußert, dass die CDU-Fraktion der Vorlage trotz kontroverser Diskussionen zustimmt, da das Grün den Straßenzügen gut tue und der Wegfall von Stellplätzen in Kauf genommen werde.

Frau Dröge begrüßt die Vorlage.

Frau Klinke äußert Verständnis darüber, dass Menschen auf Stellplätze angewiesen sind, die Stadt sei jedoch für Menschen da, nicht für Kraftfahrzeuge.

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Pflanzung von insgesamt 14 Bäumen in den Parkstreifen der Diedenhofener, Ottweiler, Saarbrücker und Weißenburgstraße im Winterhalbjahr 2018 / 2019. Hierfür entfallen sieben Stellplätze.

4.9 **Bauvoranfrage Worringer Platz 4- Neubau einer Wohnbebauung mit Apartments sowie einer Tiefgarage 171/ 182/2018**

Frau Wodarz vom Bauaufsichtsamt erläutert die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation.

Auf Nachfrage von **Frau Dröge** erklärt **Frau Wodarz**, dass es sich bei Mikroapartments um sehr kleine Wohnungen mit 29 qm Größe handelt. Ein preisgedämpftes Wohnen sei bislang noch nicht thematisiert worden, dahingehend könne auch nur eine Empfehlung von Seiten der Stadtverwaltung ausgesprochen werden.

Herr Schendel erkundigt sich, was die Bezeichnung „Nachhall“ in Bezug auf den Kinobetrieb in früheren Jahren bedeutet.

Frau Wodarz erklärt, dass die nachhaltige Wirkung eines lange bestehenden Gebäudes erhalten bleibt und sich die Abstandsflächen daran orientieren.

Herr Rehne hakt nach, wie die Zufahrt über den Worringer Platz erfolgen kann.

Frau Wodarz entgegnet, dass dies über die bestehende Zufahrt erfolge.

Herr Kamenschek möchte wissen, ob das Drogenhilfe-Zentrum von der Vorlage betroffen ist. Frau Wodarz verneint dies.

Herr Zielonka bittet um Mitteilung, ob die Appartements alle barrierefrei seien.

Frau Wodarz bejaht dies, wendet jedoch ein, dass dies nicht gleichbedeutend mit der Frage nach einer rollstuhlgerechten Wohnung ist, da es sich um sehr kleine Wohnungen handle.

Ratsfrau Schmidt erkundigt sich, ob der Investor die Fläche für das Grün entsiegelt.

Frau Wodarz beantwortet dies mit der Aussage, dass eine Tiefgarage unter dem Gebäude gebaut werde und eine Baumpflanzung und eine gärtnerische Gestaltung geplant seien.

Ratsherr Simon bemerkt, dass die Größe der Appartements in Düsseldorf funktionieren könnte.

Beschluss (mehrheitlich *beschlossen*):

Ja (6 CDU, 6 SPD, 2 FDP, 3 Bündnis 90/Die Grünen)

Nein (keine)

Enthaltungen (1 DIE LINKE)

Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Erteilung des Vorbescheides.

**4.10 Bauantrag Schadowstraße 78,78a- Neubau eines Büro- und Geschäftshauses
171/ 183/2018**

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt die Erteilung der Baugenehmigung einschließlich der Ablösung von 35 Kfz-Stellplätzen sowie der notwendigen Befreiungen von den Abstandflächenvorschriften.

**4.11 Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen im Stadtbezirk 1
Städtische Gebäude ohne Schulen sowie die Förderung Dritter, Haushalt 2018**

171/ 202/2018

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt gemäß § 3 Abs. 2 der Bezirkssatzung nachstehende Maßnahmen der Instandhaltung und Instandsetzung beziehungsweise der Um- und Erweiterungsbauten.

Derzeitige Restmittel:¶ α	17.648,65-EUR¶ α
Anschaffung einer Lichterkette ¶ und Anschlusskostenα	1.000,-EUR¶ α
Pflanz- und Pflegekosten¶ · Blumenkübel Königsallee¶ α	5.000,-EUR¶ α
Beschlusssumme¶ α	6.000,-EUR¶
Restmittel nach Beschlussα	11.648,65-EURα

Ratsherr Cardeneo verlässt den Sitzungssaal um 16.50 Uhr.

4.12

Bebauungsplan 01/005

Worringer Straße/ Gerresheimer Straße (Baufeld A)01/005:

- Verfahren gem. § 13a BauGB

- Stellungnahmen

- Satzung

61/ 159/2018

Frau Zimmermann vom Stadtplanungsamt erläutert die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation. Die Stellungnahme der Stadtwerke habe Änderungen hervorgerufen, die nun ergänzt wurden.

Ratsfrau Schmidt teilt mit, dass es ihr nicht möglich war, die Vorlage in Gänze zu lesen. Sie habe festgestellt, dass alle Einwendungen der Bürger und der Initiative bezüglich Verkehrsangelegenheiten abgelehnt wurden. Dennoch wird das Bauvorhaben durch die Fraktion unterstützt.

Herr Rehne begrüßt das Wettbewerbsverfahren. Es sei jedoch wichtig, die gesamte Vorlage lesen zu können, dies war aufgrund des späten Erhalts der Vorlage nicht möglich. Aus diesem Grund meldet die Fraktion Beratungsbedarf an.

Bezirksbürgermeisterin Spillner merkt an, dass bei Vertagung der Entscheidung auf die nächste Sitzung der Bezirksvertretung 1 am 07.12.2018 der Ausschuss für Planung und Entwicklung bereits entschieden hat.

Das Gremium einigt sich darauf, Beratungsbedarf anzumelden.

Die Beschlussfassung wird vertagt.

**5 Mitteilung Verwaltung
171/ 201/2018**

**Mitteilung Verwaltung
171/ 201/2018**

Frau Klinke erkundigt sich, was Punkt 1- Nachpflanzungen von Straßenbäumen an der Kapell- und Kaiserstraße - der Vorlage zu bedeuten hat.

Herr Schendel erklärt, dass der genannte Baum bereits im Frühling verdorrt sei und aus diesem Grund der Austausch des Baumes erfolge.

Frau Masberg-Eikelau merkt zu Punkt 2 –Verdeckte Geschwindigkeitsmessung am Mannesmannufer - an, dass es unverständlich ist, dass eine verdeckte Messung nicht möglich sei. Anwohner wären erfreut über Messungen in diesem Bereich, da Taxen und Busse meist zu schnell fahren und dies nicht haltbar sei. Sie bittet darum, auch unplausible Messergebnisse einsehen zu dürfen und fragt an, weshalb Messungen zurzeit nicht möglich seien.

Frau Laqua erwidert, dass momentan keine andere Antwort zu Punkt 2 vorliegt und bei der Verwaltung noch einmal nachgefragt werde.

Ratsfrau Schmidt merkt zu Punkt 2 an, dass die Antwort der Verwaltung unbefriedigend sei. Sie bittet um Mitteilung, wie hoch die Kosten der Geräte sind und wie viele Geräte im Stadtbezirk 1 im Einsatz sind.

Herr Kamenschek teilt zu Punkt 3 –Errichtung von Werbeanlagen im Stadtbezirk 1 - mit, dass auch Litfaßsäulen Werbeanlagen sind.

Frau Ernesti zeigt sich erfreut über die Antwort zu Punkt 4 –Vorplatz Kunstsammlung K20 Grabbeplatz-.

Herr Schendel erkundigt sich zu Punkt 5 – Anwohnerparken im Bereich Uerdinger Straße 55-63 -, ob bei Vorlage von genügend Mitteln im Haushaltsjahr 2019 garantiert ist, dass die Verwaltung das Konzept automatisch umsetzt oder eine Erinnerung bzw. ein neuer Antrag erfolgen muss.

Frau Laqua teilt mit, dass eine Garantie der Umsetzung der Maßnahme nicht möglich ist.

Ratsherr Simon merkt zu Punkt 6 – Verdeutlichung der Verkehrsführung auf der Worringer Straße Richtung Norden – an, dass die Gefahr bestünde, ohne Verdeutlichung der Verkehrsführung mit einer Verkehrsinsel zusammenzustoßen und bittet um erneute Weitergabe des Anliegens an die Verwaltung.

Frau Dröge teilt zu Punkt 7 – Wertstoffcontainer vor der Kreuzherrenkirche/Ratinger Straße – mit, dass es grenzwertig ist, die Container ersatzlos zu entfernen und die Entsorgung nur auf dem Burgplatz anzubieten.

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6 Anfragen

**6.1 Nutzung der Freifläche unter der Brücke Jülicherstraße
-Anfrage der SPD-Fraktion-
171/ 181/2018**

Die Antwort liegt schriftlich vor und lautet wie folgt:

Frage 1:

Kann die Verwaltung bezüglich der Freifläche unter der Brücke zwischen Baufeld 13 und der FOM im Gespräch mit Interboden darauf hinwirken, dass die Fläche in städtisches Eigentum übergeht?

Antwort auf Frage 1:

Der derzeitige Grundstückseigentümer hat in Gesprächen die Bereitschaft erkennen lassen, das Grundstück zu einem „symbolischen Preis“ an die Stadt zu veräußern.

Frage 2:

Wäre es möglich, die Fläche als Aufenthaltsbereich vor allem für Jugendliche nutzbar zu machen, indem dort Aufbauten, z.B. der Trendsport Calisthenics oder Fitnessgeräte für alle Generationen, aufgestellt werden?

Antwort auf Frage 2:

Die Möglichkeit zur Durchführung von Wartungsarbeiten unterhalb von Brücken dauerhaft sichergestellt sein; Einbauten, die kurzfristig demontierbar sind oder zwischen denen eine Befahrbarkeit für Hubfahrzeuge gegeben ist, erscheinen grundsätzlich möglich.
In diesem Rahmen sind die vorgeschlagenen Maßnahmen denkbar.

Frage 3:

Welches Amt könnte einen solchen Platz betreuen und welche Vorteile entstünden der Stadt?

Antwort auf Frage 3:

Ob und inwieweit beim Garten- Friedhofs- und Forstamt (68) oder beim Sportamt (52) personelle und finanzielle Kapazitäten für eine mögliche Betreuung einer derartigen Fläche bestehen, muss noch geklärt werden. Der Grundstückseigentümer hat in Aussicht gestellt, die finanziellen Mittel,

die er für den Ausbau gemäß städtebaulichem Vertrag (komplette Pflasterung der Fläche) aufwenden müsste, auch in eine alternative Gestaltung zu investieren; und sich ggf. an der Planung oder anderweitig an einer alternativen Gestaltung beteiligen zu wollen.

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.2 Standorte für Fahrradabstellplätze im Stadtbezirk 1
- Anfrage der CDU-Fraktion -
171/ 186/2018**

Die Antwort liegt schriftlich vor und lautet wie folgt:

Frage 1:

An welchen Standorten im Bereich der BV 1 sind in den letzten Wochen Fahrradständer auf Parkplätzen aufgebaut worden und wie viele Auto-parkplätze sind dafür weggefallen?

Antwort:

Im Stadtbezirk 1 ist die Aufstellung von Fahrradständern nach der sogenannten Sommer-Offensive nicht abgeschlossen und wird aufgrund der weiterhin starken Nachfrage und des gegebenen Bedarfs fortgesetzt. Eine Auflistung von Standorten kann daher nicht abschließend sein und gibt bereits nach kurzer Zeit einen veralteten Stand wieder.

In den letzten Wochen wurden bspw. in folgenden Straßen Fahrradständer aufgestellt. In Klammern ist die Anzahl der Pkw-Stellplätze angegeben, die dafür in Anspruch genommen wurden.

Cantadorstraße (5)
Feldstraße (8)
Goebenstraße (3)
Harkortstraße (0)
Immermannstraße (1)
Kennedydamm (1)
Kölner Straße (2)
Münsterstraße (1)
Nordstraße (1)
Prinz-Georg-Straße (0)
Rosenstraße (3)
Schützenstraße (1)
Stephanienstraße (4)

Frage 2:

Wie wird die Auslastung an Fahrradstellplätzen ermittelt und wie wird auf Abstellen von Schrotträdern reagiert?

Antwort:

Die Auslastung wird im Rahmen von Begehungen, die zu verschiedenen Zeiten durchgeführt werden, ermittelt. Schrotträder werden durch das Ordnungsamt entfernt, sofern diese entsprechend gemeldet werden.

Frage 3:

Ist ein Rückbau der Fahrradstellplätze vorgesehen, wenn der tatsächliche Bedarf nicht gegeben ist?

Antwort:

Sollte festgestellt werden, dass Fahrradabstellanlagen nicht ausgelastet sind, wäre eine einfache Demontage möglich. Eine erste Überprüfung der Nutzung der Abstellanlagen vor Ort hat allerdings ergeben, dass sie sehr gut angenommen werden und der Bedarf nach Parkmöglichkeiten für Fahrräder sogar noch größer ist.

Ratsfrau Schmidt erkundigt sich zur Antwort auf Frage 2, ob nachgewiesen werden müsse, wie lange die Fahrräder an einem Ort stehen.

Frau Laqua sagt einer Weitergabe an die Verwaltung zu.

Frau Heyden merkt an, dass rote Banderolen mit Datum versehen an den Rädern befestigt werden und diese dann nach einer gewissen Zeit entsorgt werden.

Frau Obendorf erklärt, dass Müll an Fahrrädern oder in Fahrradkörbchen kein Indiz für Schrotträder sei.

Herr Schendel teilt mit, dass der Ordnungs- und Servicedienst zwei Mal im Jahr Kontrollen im Stadtbezirk durchführe.

Herr Kamenschek betont, dass eine schnelle Durchführung nach einer Meldung erfolge.

Ratsfrau Schmidt betont, dass die Anfrage aufgrund vieler Bürgerbeschwerden erfolgte. Besonders wurden hier die Straßen Cantador-, Stephanien-, Schützen- und Kölner Straße genannt.

Frau Dröge teilt mit, dass auf der Stephanienstraße Fahrradständer aufgestellt wurden, für die keine Parkplätze weggefallen sind.

Bezirksbürgermeisterin Spillner berichtet, dass auf der Feldstraße 8 Plätze für Fahrrad aufgestellt worden sind, die von den Anwohnern positiv aufgenommen wurden und genutzt werden.

**-Anfrage der SPD-Fraktion-
171/ 199/2018**

Die Antwort der Verwaltung wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung verlesen.

**6.4 Anfrage zur Bepflanzung der Blumenkästen am Rathaus
-Anfrage der Fraktion Bündis90/Die Grünen-
171/ 196/2018**

Die Antwort liegt schriftlich vor und lautet wie folgt:

Frage 1:

Wie stellt sich der erhöhte Pflegeaufwand in Stunden für die Blumenkästen mit insektenfreundlichen Blühpflanzen gegenüber den Geranien dar?

Antwort:

Die Blumenkästen werden im zweiwöchentlichen Rhythmus von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gartenamtes gepflegt. Hierfür ist der Einsatz eines Hubsteigers erforderlich. Die Pflege besteht im Wesentlichen aus der Bewässerung der Geranien, da ein Ausputzen und Schneiden der Pflanzen wenig bis gar nicht notwendig ist. Da Geranien ausgesprochen robust sind, ist ein Austausch innerhalb der Saison nicht notwendig.

Der Pflegeaufwand für die vorgeschlagene Bepflanzung würde sich verdoppeln, da von einem wöchentlichen Einsatz auszugehen ist; je nach Pflanzenauswahl sogar häufiger. Darüber hinaus würde ein zusätzlicher Aufwand durch den erforderlichen Austausch von Pflanzen entstehen. Nur so könnte eine dauerhafte Blüte und ein ansprechendes Erscheinungsbild sichergestellt werden.

Frage 2:

Welche Falter genau, außer den in der Antwort erwähnten Weinschwärmer und das Taubenschwänzchen, nutzen die Geranien?

Antwort:

Neben den genannten Arten nutzen alle Schwärmerarten Geranienblüten. Darüber hinaus fressen die Raupen von Achateule, Kohleule, Kupfer-Goldeule, Schlehen-Bürstenspinner an den Blättern. In näherer Zukunft wird es voraussichtlich auch zu einer Besiedlung durch den Pelargonien-Bläuling, einer südafrikanischen Tagfalterart, kommen.

Frage 3:

Welchen Vorschlag könnte das Gartenamt machen, um Geranien ggf. mit anderen Pflanzen zu kombinieren (siehe auch die angehängte Liste Blühende Landschaften)?

Antwort:

Das Gartenamt empfiehlt, die traditionelle Bepflanzung der Rathausfassade beizubehalten. Die Bepflanzung mit Geranien hat sich bewährt und sichert ein ansprechendes Erscheinungsbild. Darüber hinaus stehen dem Gartenamt weder personelle noch finanzielle Ressourcen für eine Leistungserweiterung zur Verfügung.

Frau Klinke merkt an, dass die Antwort nicht zufriedenstellend ist.

Die Bezirksvertretung 1 nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.5 Körpertrainer
-Anfrage Ute Dröge, SPD-Fraktion, Mitglied der Bezirksvertretung 1-
171/ 198/2018**

Frau Laqua führt an, dass zur vorstehenden Anfrage noch keine Antwort der Verwaltung vorliegt.

**6.6 Anliefern und Parken an der Unteren Rheinwerft/Kasematten
-Anfrage der CDU-Fraktion-
171/ 197/2018**

Frau Laqua führt an, dass zur vorstehenden Anfrage noch keine Antwort der Verwaltung vorliegt.

7 Anträge

**7.1 Nutzung der Tiefgarage der früheren Fachhochschule in Golzheim
als temporäre Quartiersgarage
- Antrag Herr Peter Klein, Vertreter DIE LINKE, Mitglied der Bezirks-
vertretung 1-
171/ 192/2018**

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Tiefgarage der früheren Fachhochschule in Golzheim als temporäre Quartiersgarage nutzbar wäre und bei Eignung Gespräche mit dem BLB NRW mit dem Ziel

der Nutzung aufzunehmen.

7.2 Fahrradständer an Baumscheiben -Antrag der SPD-Fraktion- 171/ 185/2018

Frau Obendorf erläutert den Antrag und merkt an, dass das Foto eindeutiger sei, als der Text des Antrages. Auf dem Gehweg sei zu wenig Platz, dafür sei aus ihrer Sicht vor der Baumscheibe genügend Platz für einen Fahrradständer.

Sie betont, dass kein Parkplatzverlust entstehe und es einen guten Mittelweg darstelle.

Herr Nielen und **Herr Zielonka** verlassen den Sitzungssaal um 17:25 Uhr.

Herr Zimmermann berichtet, der Bedarf an Fahrradständern sei vorhanden.

Herr Rehne bemerkt, dass es an der Tußmannstraße ähnlich aussehe, gibt jedoch zu bedenken, dass Fahrräder eventuell in den Straßenraum hineinragen. Er stimmt dem Antrag nicht zu, die Lösung sei nicht optimal.

Frau Obendorf teilt daraufhin mit, dass der Antrag aus diesem Grund als Prüfantrag formuliert sei und um eine grundsätzliche Prüfung gebeten werde.

Herr Lorberg merkt an, dass diese Standorte sich geradezu aufdrängen, da damit viele Probleme gleichzeitig gelöst werden können.

Frau Masberg-Eikelau begrüßt die Idee grundsätzlich, empfindet den Aufwand jedoch als unverhältnismäßig, da zu wenig Platz für mehr als zwei Räder vorhanden zu sein scheint.

Herr Zimmermann erwidert, dass die meisten Lücken breit seien und es sich um einen generellen Prüfantrag handelt.

Beschluss (mehrheitlich *beschlossen*):

Ja (6 CDU, 6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)

Nein (2 FDP)

Enthaltungen (keine)

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob an Baumscheiben zwischen Querparkplätzen die Einrichtung von Fahrradständern möglich ist.

7.3 Überprüfung der Dauer der Grünphase der Lichtzeichenanlage am Fußgängerüberweg Jacobistraße/Hofgarten -überfraktioneller Antrag-

171/ 184/2018

Herr Lorberg teilt mit, dass es sich beim vorliegenden Antrag um ein von Anwohnern herangetragenem Anliegen handelt und bittet um Zustimmung.

Beschluss (mehrheitlich *beschlossen*):

Ja (6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)

Nein (6 CDU, 2 FDP)

Enthaltungen (keine)

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Verwaltung wird gebeten, die Dauer der Grünphasen an der Lichtzeichenanlage am Fußgängerüberweg über die Jacobistraße nördlich der Kreuzung mit der Louise-Dumont-Straße und Goldsteinstraße zu überprüfen und soweit erforderlich anzupassen. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf Personengruppen zu richten, die wegen einer körperlichen Beeinträchtigung oder eines hohen Lebensalters zur Überquerung der Straße einen erhöhten Zeitbedarf haben.

7.4 Fahrradständer an der Haltestelle Nordfriedhof/Bussteig 1 -Antrag der SPD-Fraktion- 171/ 187/2018

Herr Zimmermann erläutert den Antrag und bittet um Zustimmung.

Herr Rehne äußert, dass der Standort aufgrund der Größe der Kreuzung nicht funktioniere.

Frau Obendorf erwidert, dass auch auf der Uerdinger Straße Menschen leben, die kaum Abstellmöglichkeiten für Fahrräder haben und der dortige Gehweg durch das Abstellen von Fahrrädern sehr schmal sei.

Beschluss (mehrheitlich *beschlossen*):

Ja (6 CDU, 6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)

Nein (2 FDP)

Enthaltungen (keine)

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob auf der Freifläche hinter dem Haltestellenhäuschen am Nordfriedhof/Bussteig 1 Fahrradständer aufgestellt werden können und bei positiver Prüfung diese dort zu installieren.

7.5 Glascontainer Jülicher Straße an der Kirche versetzen - Antrag der SPD-Fraktion- 171/ 188/2018

Frau Obendorf bittet um Zustimmung zum Antrag, da der Glascontainer durch die Nähe zum Schwerbehindertenparkplatz sehr ungünstig positioniert sei.

Ratsfrau Schmidt regt an, einen Prüfantrag zu stellen, mit dem Vorschlag, alternative Ersatzstandorte zu nennen, da sonst die Gefahr bestünde, dass der Container ersatzlos wegfiel.

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Verwaltung wird gebeten, den Glascontainer auf der Jülicher Straße/ Parkfläche an der Kirche "Heilige Dreifaltigkeit" (gegenüber der Einmündung Barbarastraße) an einen anderen Standort zu versetzen.

7.6 Graffiti Lüftungstürme, Rathausufer -Antrag der CDU-Fraktion- 171/ 189/2018

Herr Rehne stimmt dem Antrag zu und teilt mit, dass eine zügige Umsetzung wünschenswert ist.

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Verwaltung wird gebeten, Graffiti an den Lüftungstürmen am Rathausufer, Höhe Hausnummer 12, beseitigen zu lassen und zu prüfen, ob ein Graffitienschutz aufgetragen werden kann.

7.7 Prüfantrag: Historisches Altstadt-Kopfsteinpflaster von St. Lambertus bis zum Uerige -Antrag der SPD-Fraktion- 171/ 190/2018

Frau Dröge schlägt folgende Änderung des Antrages vor: „Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob das historische Altstadt-pflaster so hergerichtet werden kann, dass Rollatoren-Benutzer*innen, Menschen im Rollstuhl und auf dem Fahrrad sowie Eltern mit Kinderwagen mühelos die Straßen und Plätze im obigen Bereich in jede Richtung durchqueren können.“

Herr Rehne merkt an, dass die Versiegelung des Pflasters nicht einfach sei. Er stimmt dem Antrag zu und äußert den Wunsch, dass die Verwaltung darstelle, was in diesem Bereich machbar wäre.

Herr Kamenschek teilt mit, dass das Thema bereits vor einigen Jahren

vorgelegen hat.

Herr Schendel informiert, dass es sich um einen Antrag zur Mühlenstraße handelte. Er verliest den Antrag mit der Vorlagenummer 171/ 59/2013.

Frau Utke bekräftigt die Notwendigkeit des Antrages, da diesbezüglich besonders viele Beschwerden von Senior*innen mit Rollator vorliegen.

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob das historische Kopfsteinpflaster so hergerichtet werden kann, dass Rollatoren-Benutzer*innen, Menschen im Rollstuhl und auf dem Fahrrad sowie Eltern mit Kinderwagen mühelos die Straßen und Plätze im obigen Bereich in jede Richtung durchqueren können.

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob das historische Kopfsteinpflaster so hergerichtet werden kann, dass Rollatoren-Benutzer*innen, Menschen im Rollstuhl und auf dem Fahrrad sowie Eltern mit Kinderwagen mühelos die Straßen und Plätze im obigen Bereich in jede Richtung durchqueren können.

**7.8 Anberaumung eines Tagungstermins für den Kriminalpräventiven Rat Charlottenstraße
-Antrag der CDU-Fraktion-
171/ 191/2018**

Ratsfrau Schmidt merkt an, dass ihr zugetragen wurde, dass ein Termin Ende dieses Jahres zu knapp sei und schlägt eine Änderung des Beschlusses in „erstes Halbjahr des nächsten Jahres“ vor.

Frau Dröge würde dem Antrag zustimmen, wenn die Zeitvorgabe gestrichen werden würde.

Frau Klinke bittet, den Antrag zu präzisieren, ob es sich bei dem Antrag um eine Terminsuche und eine Einladung an die Teilnehmenden handelt.

Bezirksbürgermeisterin Spillner regt an, den Passus „Tagungstermin“ durch „Vorbereitungstermin“ zu ersetzen.

Frau Klinke bemerkt, dass Ende Januar möglicherweise zu knapp sei und das erste Quartal 2019 machbar erscheint.

Ratsfrau Schmidt zeigt sich mit dem Vorschlag von Frau Klinke einverstanden.

Bezirksbürgermeisterin Spillner teilt mit, dass der Beschluss auch ohne Datumsangabe möglich sei.

Ratsfrau Schmidt regt an, das Wort Tagungstermin durch „Vorbereitungstermin“ zu ersetzen und das Datum auf „1. Quartal 2019“ zu ändern.

Bezirksbürgermeisterin Spillner betont, dass das Datum nicht unbedingt notwendig sei.

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die Bezirksbürgermeisterin wird gebeten, im 1. Quartal 2019 einen *Vorbereitungstermin* für den Kriminalpräventiven Rat Charlottenstrasse der BV 1 anzuberaumen, sowie die Tagesordnung und den Einladungskreis mit den Fraktionen der BV 1 abzustimmen.

Beschluss (einstimmig):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Bezirksbürgermeisterin wird gebeten, im 1. Quartal 2019 einen *Vorbereitungstermin* für den Kriminalpräventiven Rat Charlottenstrasse der BV 1 anzuberaumen, sowie die Tagesordnung und den Einladungskreis mit den Fraktionen der BV 1 abzustimmen.⁵

7.9 Unterirdische Werkstoffcontainer -Antrag der CDU-Fraktion- 171/ 193/2018

Ratsfrau Schmidt erläutert den Antrag und bittet um Zustimmung, entsprechende Standorte prüfen zu lassen. Laut Oberbürgermeister Geisel seien dafür Mittel im nächsten Haushaltsjahr bereitgestellt.

Frau Dröge merkt an, ob es Wertstoff- statt Werkstoffcontainer heißt. Weiterhin stimmt sie der Vorlage nicht zu, da auch unterirdische Container zugemüllt werden würden.

Frau Klinke unterstreicht, dass eher eine häufige Leerung problemlösend sei und die Entwicklung der Blauen Tonne abgewartet werden solle.

Herr Rehne merkt an, dass die Vermüllung ein großes Problem darstellt und Unterflurcontainer an vielen Stellen erfolgreich zur Entlastung beigetragen haben. Aus diesem Grund unterstützt er diesen Antrag.

⁵ Nachträglich ergänzt, neue Formulierung siehe Niederschrift vom 25.01.2019.

Frau Laqua weist darauf hin, dass seit Mitte des Jahres die Stadtsauberkeitskampagne läuft und über die zugehörige App eine schnelle Beseitigung der gemeldeten Stellen erfolgt.

Frau Utke bemerkt, dass die Entwicklung der Blauen Tonne abgewartet werden solle.

Ratsherr Simon betont, dass der Bedarf ermittelt werden solle.

Herr Kamenschek merkt an, dass auch Altkleidercontainer problematisch seien und Unterflurcontainer hohe Kosten verursachen.

Frau Klinke erklärt, dass der Rochusmarkt ein gutes Beispiel für Unterflurcontainer darstellt, diese jedoch keine generelle Lösung seien. Besser sei eine standortbezogene Lösung.

Ratsfrau Schmidt merkt an, dass die Verwaltung am besten entscheiden kann, wo die Möglichkeit für Unterflurcontainer besteht.

Frau Ernesti führt aus, dass das Erscheinungsbild der Stadt durch die Verschmutzung beeinträchtigt wird.

Bezirksbürgermeisterin Spillner stimmt dieser Aussage zu.

Beschluss (mehrheitlich abgelehnt):

Ja (6 CDU, 2 FDP)

Nein (6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)

Enthaltungen (keine)

:

Die Verwaltung wird gebeten im Rahmen der Neuplanung von unterirdischen Werkstoffcontainern explizit Standorte im Bereich der BV 1 zu prüfen und der BV vorzustellen.

7.10 Spätere Nutzung des Luisengymnasiums **-Antrag der FDP-Fraktion-** **171/ 194/2018**

Frau Masberg-Eikelau erläutert den Antrag und erklärt, dass es sich um einen Prüfantrag handelt. Die Angelegenheit solle im Auge behalten werden, um keine weiteren Schulstandorte zu verlieren. Der Antrag sei ein Signal an die Verwaltung, Vorschläge zu prüfen. Unabhängig von dem in TOP 1 genannten § 3 der Bezirksvertretungssatzung bittet sie um Zustimmung.

Frau Klinke äußert, dass Schulstandorte ein wichtiges Thema sei und ein Interesse daran bestehe, den Schulstandort zu behalten. Im März 2018 sei bereits eine entsprechende Anfrage gestellt worden (CDU-Anfrage vom

16.03.2018 -. Vorlage Nr. 40/ 30/2018), aus diesem Grunde wundere sie sich über diesen Antrag.

Frau Masberg-Eikelau erwidert, dass die bisherigen in diesem Zusammenhang Antworten unbefriedigend seien und ein Signal gesetzt werden solle, dass der Verlust des Gymnasiums nicht gewünscht sei.

Frau Dröge merkt an, dass Entscheidungen bezüglich Schule dem Land obliegen. Daneben bestehen bereits zwei Standorte mit Abendrealschulen; in Garath und Rath.

Frau Masberg-Eikelau betont, dass es sich um einen Prüfantrag zur Doppelnutzung des Gymnasiums handele.

Frau Klinke stellt eine Doppelnutzung in Frage, da bereits Abendrealschulen bestehen.

Bezirksbürgermeisterin Spillner betont, dass es sich hier um eine Angelegenheit des Schulausschusses handele, da keine validen Zahlen vorhanden wären. Es wäre besser gewesen, den TOP von Beginn an von der Tagesordnung zu nehmen.

Ratsherr Simon merkt an, dass es in der Vorlage aus März 2018 bereits um eine gemeinsame Nutzung des Gymnasiums ging.

Herr Rehne unterstreicht die Aussage von **Ratsherrn Simon**. Als Bezirksvertretung sollte der Schulstandort erhalten bleiben. Es wird ein klares Statement der Verwaltung zu diesem Thema gewünscht.

Bezirksbürgermeisterin Spillner teilt mit, dass die Schließung des Luisengymnasiums noch nicht beschlossen sei.

Herr Kamenschek führt aus, dass das Gebäude saniert werden müsse, um als Schulstandort weitergeführt zu werden. Die Kosten dieser Sanierung werden auf 30 Millionen Euro geschätzt.

Frau Klinke betont, dass Schulstandorte erhalten bleiben sollen, aber bei Gefahren für Schüler überdacht werden sollten.

Frau Utke erkundigt sich danach, ob der Standort als Schulersatzgelände bereitgehalten werden könnte.

Frau Masberg-Eikelau merkt an, dass mutmaßlich kein Interesse an historischen Gebäuden bestehe.

Herr Schendel beantragt den Schluss der Debatte.

Frau Klinke erhebt Gegenrede und schlägt vor, den Antrag zu ändern. Dem ersten Satz des Antrages stimme sie zu, der zweite Satz des Antrages solle gestrichen werden.

Herr Schendel zieht den Antrag zurück.

Frau Masberg-Eikelau stimmt dem Vorschlag von **Frau Klinke** zu.

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die BV1 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Gebäude des Luisengymnasiums nach Umzug des Gymnasiums an den Standort Südring einer weiteren Nutzung als Schulstandort zugeführt werden kann.

Beschluss (mehrheitlich *beschlossen*):

Ja (6 CDU, 2 FDP, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)

Nein (5 SPD)

Enthaltungen (1 SPD)

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die BV1 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Gebäude des Luisengymnasiums nach Umzug des Gymnasiums an den Standort Südring einer weiteren Nutzung als Schulstandort zugeführt werden kann.

7.11 Sonnenschutz für den Kleinkinderspielplatz Kolpingplatz -überfraktioneller Antrag- 171/ 195/2018

Frau Klinke erläutert den Antrag.

Frau Masberg-Eikelau bemerkt, dass eine Konkretisierung des Antrages erfolgen sollte, eine dauerhafte Überdachung sei nicht immer gut. Möglicherweise könnte ein kleinerer Bereich überdacht werden.

Herr Lorberg teilt mit, dass es sich um einen Prüfantrag handelt und die Verwaltung die Ausgestaltung prüfen sollte.

Frau Klinke regt an, verschiedene Modelle zu eruieren und bittet die Verwaltung, Vorschläge verbunden mit Ortsterminen abzugeben.

Frau Masberg-Eikelau bittet, den Beschlusstext um den Passus „einen Teil des Bereichs“ zu ergänzen.

Ratsherr Simon regt an, einen „temporären Sonnenschutz“ in den Beschlusstext einzufügen.

Bezirksbürgermeisterin Spillner merkt an, dass ein faltbarer Sonnenschutz zu hohe Kosten verursachen könne.

Ratsfrau Schmidt teilt mit, dass bei der Kindertagesstätte zitty Familie

kein Sonnensegel aufgrund der Tiefgarage montiert werden konnte.

Herr Lorberg bittet, die Verwaltung nicht unnötig einzuschränken und die Vorschläge abzuwarten.

Frau Klinke zeigt sich mit dem Einfügen des Wortes „temporär“ einverstanden.

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob auf dem Spielplatz Kolpingplatz im Kleinkinderbereich ein effektiver Sonnenschutz, gegebenenfalls temporär, eingerichtet werden kann und mit welchen Kosten zu rechnen ist.

Beschluss (einstimmig, bei 2 Enthaltungen; FDP):

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Bezirksvertretung 1 bittet die Verwaltung zu prüfen, ob auf dem Spielplatz Kolpingplatz im Kleinkinderbereich ein effektiver Sonnenschutz, gegebenenfalls temporär, eingerichtet werden kann und mit welchen Kosten zu rechnen ist.

**7.12 Aufstellung eines Verkehrszeichens, Durchfahrt für LKW verboten/Anlieger frei
-Antrag der SPD-Fraktion-
171/ 200/2018**

Frau Dröge erläutert den Antrag anhand der in der Powerpoint-Präsentation beigefügten Fotos. Der Schwerlastverkehr fährt als Abkürzung dauernd über Baumscheiben. Die Mühe der Anwohner, die Baumscheiben zu gestalten wird durch den Schwerlastverkehr immer wieder zerstört. Aus diesem Grund bittet sie um Zustimmung.

Herr Rehne äußert Verständnis zum Unmut der Anwohner*innen. Er fragt sich jedoch, ob es sich tatsächlich um eine Abkürzung für den Schwerlastverkehr handele. Er bittet um Prüfung, wie die Verkehrsströme dort zusammenkommen.

Herr Kamenschek spricht sich für die Prüfung eines Verkehrsschildes aus. Er befürchtet jedoch, dass sich niemand an das Durchfahrtsverbot halten könnte.

Frau Dröge teilt mit, dass es sich um eine Abkürzung zur Autobahn handelt. Ein Abbiegen ohne auf die Baumscheibe aufzufahren, sei für den Schwerlastverkehr nicht möglich. Sie bittet erneut um Zustimmung.

Beschluss (mehrheitlich *beschlossen*):

Ja (6 CDU, 6 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 DIE LINKE)
Nein (2 FDP)
Enthaltungen (keine)

Die Bezirksvertretung 1 beschließt Folgendes:

Die Verwaltung wird gebeten, die Kurfürstenstraße für den Schwerlastverkehr zu sperren.

Ende der öffentlichen Sitzung: 18.30 Uhr